

Engagementförderung durch Stiftungen heißt auch: Beteiligung fördern. Auf der Suche nach Visionen und Kapital

Beim Deutschen Stiftungstag in Düsseldorf im Mai 2013 fand das erste gemeinsame Panel von Arbeitskreis Bürgerstiftungen und Forum Bürgerengagement statt. Die Veranstaltung „Engagement und Zivilgesellschaft von morgen“ zeigte, dass Engagementförderung von Stiftungen auch die Stärkung von Bürgerbeteiligung umfassen muss. Gerade Bürgerstiftungen können damit ein neues Profil gewinnen.

Es zeigt sich am Protest gegen Stuttgart 21 und an der Occupy-Bewegung, es zeigt sich in Bürgerinitiativen zur Energiewende oder Kita-Gründungen: Bürger engagieren sich mehr und mehr, stoßen dabei gesellschaftliche Prozesse an, um selbst zu gestalten – dort, wo sie leben. So gesehen ist selbst ein Phänomen wie das „Urban Gardening“, bei dem Bürger Industriebrachen selbst bepflanzen und damit ihre Stadt verschönern, eine politische, zutiefst demokratische Handlung. Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung haben zu Recht in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit erhalten, nicht nur in der Politik, sondern auch bei Stiftungen.

Rund 10.000 Stiftungen in Deutschland fördern im weitesten Sinne bürgerschaftliches Engagement; in der Mehrheit arbeiten sie mit Engagierten. Es gibt aber auch engagementfördernde Stiftungen, die sich als strategische Themenmotoren verstehen und für die Engagementförderung ein eigenes explizites Aufgabenfeld ist – seit 2010 tauschen sie sich im Forum Engagementförderung des Bundesverbands Deutscher Stiftungen aus. Ein eigener Stiftungstyp, der bürgerschaftliches Engagement fördert, aber auch selbst davon getragen wird, sind die Bürgerstiftungen, im Bundesverband vertreten durch den Arbeitskreis Bürgerstiftungen und die Koordinationsstelle „Initiative Bürgerstiftungen“.

Vor allem Bürgerstiftungen vermehren sich rasch. Kein anderes Stiftungssegment in Deutschland ist in den letzten 15 Jahren so dynamisch gewachsen wie diese „Selbstorganisationen von Bürgern für das lokale Gemeinwohl“. Im Bundesländer-Ranking liegt das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen in der Zahl der Bürgerstiftungen vorn; dann folgt schon Baden-Württemberg. Das Land also, das in den letzten Jahren auch mit Bürgerprotesten und neuen Beteiligungsformen von sich reden machte. Unter der grün-roten Landesregierung will Baden-Württemberg nun auch von politischer Seite aus zum „Musterlände“ für Partizipation werden. Als erstes Bundesland hat es mit Gisela



Karin Haist, Leiterin des Bereichs Gesellschaft der Körber-Stiftung, moderierte die Veranstaltung

Erler eine eigene Staatsrätin, die sich in Stuttgart um „Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ kümmert.

Irene Armbruster, Geschäftsführerin der Bürgerstiftung Stuttgart und Mitglied der Geschäftsleitung der Breuninger Stiftung, war also die ideale Referentin, um auf dem Stiftungstag in Düsseldorf von den praktischen Auswirkungen der neuen Beteiligungskultur in Baden-Württemberg zu berichten. Engagementfördernde Stiftungen agieren dort in der „Allianz für Beteiligung“ als Partner der Landesregierung.

In ihrem Impulsvortrag zeigte sich Irene Armbruster überzeugt: Stiftungen sind ideale Akteure, um mehr Partizipation in der Bürgergesellschaft zu erreichen. Gerade Bürgerstiftungen sieht sie als natürliche Förderer von Engagement und Beteiligung. Weil Bürgerstiftungen neutral sind, die gesellschaftlich wichtigen Player vor Ort kennen, Kompetenzen und Ressourcen versammeln und ihr Kapital für die Ewigkeit angelegt haben, können sie der Motor für komplexe Beteiligungs- und Aushandlungsprozesse vor Ort sein. Bürgerstiftungen, so Armbrusters Hauptthese, seien zudem ideale Plattformen, um lokale Partizipationsverfahren zu leiten. Sie sollten sich deshalb bewusst entscheiden, ihr Profil über die Trägerschaft für soziale Projekte hinaus zu schärfen und vor Ort eine Moderatorenrolle zu übernehmen. Ein so klar definiertes Profil sei dann auch beim Fundraising von unschätzbarem Wert. Auf diese Weise erhielten Politik und Verwaltung vor Ort Partner für den Dialog mit Bürgern.

Politik, so verstanden, bedeute aber auch einen Abschied vom Glauben an den „großen, alleinigen Macher“. Zukunft habe vielmehr ein Politikverständnis, das allen Beteiligten Gestaltungsmacht überlasse. „Darauf kann sich die Demokratie freuen“, so Irene Armbruster.



v.l.n.r.: Karin Haist (Körber-Stiftung), Irene Armbruster (Breuninger Stiftung), Bettina Windau (Bertelsmann Stiftung) und Prof. Dr. Wolfgang Anders (Bürgerstiftung Ludwigshafen, Leiter des Arbeitskreises Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen)

DIE WEISHEIT DER GRUPPE NUTZEN

Gegründet wurden die ersten Bürgerstiftungen nach dem amerikanischen Vorbild der „Community Foundations“. Inzwischen sind Bürgerstiftungen in einigen hundert deutschen Kommunen etabliert. Die Bürger selbst stiften das Kapital, aus dessen Erträgen die Projekte finanziert werden. Inzwischen ist das Gesamtkapital der rund 400 deutschen Bürgerstiftungen mit Gütesiegel auf rund

200 Mio. Euro gestiegen; 2010 wurden rund 11,6 Mio. Euro ausgeschüttet.

Auch weil weder Stadtverwaltungen noch

Unternehmen Zugriff auf die Bürgerstiftungen haben, die Stiftungen mit ihnen aber gut vernetzt sind, können sie eine neutrale Plattform sein, die sehr viele Akteure einer Stadt vereinigt. Irene Armbruster erklärte, wie wichtig dies etwa beim Runden Tisch „Älter werden in Stuttgart“ war. Als neutrale Instanz konnte die Bürgerstiftung Stuttgart die evangelische und katholische Kirche, Haupt- und Ehrenamtliche aus der Altenarbeit, Ärzte und Verwaltung zusammenbringen. Unter ihrer Moderation wurde geklärt, was der Stadt bei der Palliativ-Versorgung fehlte: nämlich ein Netzwerk, das die Kommunikation unter den Anbietern vieler Einrichtungen verbessert. „Dies konnte nur ein Akteur erreichen, der nicht in eigenem Interesse verhandelte. Seitdem haben uns 120 Mitglieder zurückgemeldet, wie sehr sich ihre Arbeit verbessert hat – die Investition in unsere Diskussionsrunden inklusive Butterbrezeln hat sich gelohnt“, so Armbruster.

Stiftungen seien aber nicht nur durch ihre Neutralität ideale Mediatoren, sondern auch durch ihr Potenzial, verschiedene Menschen an einen Tisch zu bringen: „Als eine Stuttgarter Spenderin mit unserer Hilfe kostenfreie Kulturveranstaltungen für Menschen mit wenig Geld ermöglichen wollte, musste man sich durch einen Bürokratie-Dschungel schlagen“. Die Bürgerstiftung Stuttgart rief Jugend- und Sozialamt sowie Kulturveranstalter an einen Runden Tisch und entwarf in neun Monaten das Modell „Kultur für alle“, das bis heute funktioniert.

„Viele Probleme heute können nicht mehr von einem allein gelöst werden. Kooperationen auf Augenhöhe sind notwendig, um von der Weisheit der Gruppe zu profitieren“, so Armbruster. Bürgerstiftungen könnten also vieles sein: Gastgeber, Kümmerer oder Moderator, der alle zusammenbringt und eine kreative Arbeitsatmosphäre schafft.



v.l.n.r.: Dr. Dr. Jürgen Rembold (Rembold Stiftung), Winfried Ripp (Bürgerstiftung Dresden), Dr. Marie-Luise Stoll-Steffan (Bürgerstiftung Wiesbaden), Anja Böllhoff (Bürgerstiftung Bielefeld)

Den Hinweis auf die kreative Arbeitsatmosphäre griff Karin Haist auf, die bei der Körber-Stiftung den Bereich Gesellschaft leitet. Sie moderierte die Veranstaltung auf dem Stiftungstag auch in ihrer Eigenschaft als Leiterin des Forums Engagementförderung. Haist lud die Anwesenden zunächst ein, sich in Kleingruppen ihr Zukunftsprojekt im Arbeitsfeld Engagementförderung zu überlegen. Man habe jetzt die Möglichkeit, ein Projekt des Jahres 2030 zu skizzieren; ausgewählte Konzepte werde man später in die Podiumsdiskussion miteinbeziehen. Die rund 120 Besucher der Veranstaltung stiegen sofort in die Konzeptarbeit ein: Abrupt stieg der Geräuschpegel.

BÜRGERSTIFTUNGEN ALS MEDIATOREN

Danach startete Karin Haist die Podiumsrunde ein. Ihre Gäste neben Irene Armbruster: Bettina Windau, Director des Programms Zukunft der Zivilgesellschaft der Bertelsmann Stiftung und Prof. Dr. Wolfgang Anders, Betriebswirtschaftler an der Hochschule Ludwigshafen sowie Leiter des Arbeitskreises Bürgerstiftungen im Bundesverband. Bettina Windau und Wolfgang Anders sind außerdem persönlich in Bürgerstiftungen engagiert.

Wolfgang Anders hatte denn auch auf die erste Frage von Karin Haist eine klare Antwort: Ja, es sei sinnvoll, Bürgerstiftungen stärker zu Mediatoren zu entwickeln. „Wir wünschen uns als großen gemeinsamen Nenner, dass wir Mittler, Katalysator, aber auch Treiber der Themen sind, die für Kommunen relevant sind“. In der Praxis sei dies jedoch nicht einfach umzusetzen: Bürgerstifter – und da nehme er sich nicht aus – seien eher Menschen, die konkrete Projekte anpacken wollten und das möglichst schnell. „Da machen länger andauernde Prozesse auf den ersten Blick nicht ganz so glücklich“. In vielen Bürgerstiftungen sei die gezeichnete Rolle also noch Zukunftsmusik. „Da würde auch relativ viel Kraft gebunden, die dann für andere Projekte nicht da ist“.



„Es ist der 16. Mai 2030. Heute startet Ihr neues Stiftungsprojekt zur Förderung von Engagement und Beteiligung.“ Kreative Arbeitsatmosphäre und reger Austausch in den Kleingruppen.

Wenn das schon innerhalb der Bürgerstiftungen schwierig sei, wie könne man dann externe Förderer dafür gewinnen, für langwierige Beteiligungs- und Reformprozesse Geld zu spenden, fragte Karin Haist. Bettina Windau zeigte sich zuversichtlich: „Momentan wächst eine Stiftergeneration nach, die will, dass das Geld nachhaltig investiert wird“. Die neuen Stifter seien sich

bewusst, dass Nachhaltigkeit nur gegeben sei, wenn alle Interessengruppen gemeinsam ein Projekt entwickelten. Allerdings sei es in Bürgerstiftungen oft noch kein Thema, Akteure zu Fortbildungsseminaren und Moderationstrainings zu schicken, wie sie etwa von der Körber-Stiftung und der Breuninger Stiftung angeboten würden. „Auch von unserer Bürgerstiftung in Ludwigshafen ist noch niemand zum Moderationstraining gefahren“, gab Wolfgang Anders zu.

ENGAGEMENT FUNKTIONIERT MIT WERTSCHÄTZUNG UND INFRASTRUKTUR

Wenn Stiftungen bereit sind, lokale Aushandlungsprozesse zu moderieren – wie können sie dann sicherstellen, dass auch tatsächlich diejenigen Bürgerinnen und Bürger mitreden, die vom Thema betroffen sind?

Mitgestaltung und überhaupt bürgerschaftliches Engagement funktioniere nur, so Wolfgang Anders, wenn möglichst alle Gesellschaftsgruppen beteiligt seien. Aber: „Mehr als 70 Prozent in Bürgerstiftungen sind ‚gehobene Bürgerschicht‘. Das macht es schwer, die Kreise zu erreichen, die wir auch ansprechen wollen“. Es sei wichtig, Repräsentanten aller gesellschaftlichen Gruppen ernsthaft einzuladen – zu einem offenen Prozess, bei dem dann aber auch manche Überraschung lauern könne.

Moderatorin Karin Haist gab zu bedenken, dass es bei solchen Einladungen sicher nicht reiche, nur an den guten Willen oder gar die Verpflichtung zu Engagement und Beteiligung zu appellieren. Sie beschrieb, dass sie dies soeben in einer Studie der Körber-Stiftung über das Engagement von Älteren erfahren habe. Das klare Ergebnis: Ältere sind nicht zum Engagement bereit, wenn sie sich dabei als Getriebene empfinden – oder auch als Lückenbüßer, die staatliche Leistungen übernehmen sollen. Damit Engagement gelinge und sich viele beteiligen könnten, brauche es professionelle Kerne und Infrastruktur, aber vor allem auch Wertschätzung. Engagement ersetze nicht den funktionierenden Sozialstaat – es brauche ihn, so Haist.

Irene Armbruster berichtete aus der Praxis der Quartiersentwicklung in Stuttgart, dass einer der Beteiligungsprozesse der Bürgerstiftung vor allem dank einer vom Gemeinderat bezuschussten 400-Euro-Stelle so gut funktioniere. „Engagement braucht eine koordinierende, wertschätzende Infrastruktur. Die Aufgaben sind so komplex, dass sie nicht von Ehrenamtlichen nebenbei erledigt werden können“, bestätigte sie.

Wie insbesondere Migrantengruppen zur Teilnahme an partizipatorischen Prozessen bewegt werden können, zeige die aus den USA nach Deutschland importierte Methode des „Community Organizing“, warf aus dem Publikum Loring Sittler ein, Leiter des Generali Zukunftsfonds. Damit könne man wirklich alle Bürgerschichten zum Engagement bewegen. Guter Wille allein reiche aber auch hier nicht: „Im Community Organizing wird man konkret angeleitet und unterstützt“.

Bettina Windau betonte einen weiteren zentralen Hebel, um die Bereitschaft neuer Gruppen zu Engagement und Beteiligung nachhaltig zu verankern: Sie setze in ihrer Arbeit stark auf Kinder- und Jugendbeteiligung, also darauf, Verantwortung und Mitgestaltung des Gemeinwesens schon früh einzuüben, um dann ein Leben lang Aktivbürger bleiben zu können.

Damit seien nun auch viele zentrale Aufgaben für diejenigen Stiftungen beschrieben, die sich über das lokale Wirken der Bürgerstiftungen hinaus als Motoren einer strategischen Engagementförderung verstehen, fasste Karin Haist zusammen. „Wir können die Entwicklung guter Infrastruktur für Engagement fördern und weiterentwickeln, wir können Motivation und Qualifizierung zum Engagement betreiben – und müssen dabei immer wieder die Königsfrage zu lösen versuchen: Wie überwinden wir die klassische Milieubindung im bürgerschaftlichen Engagement?“ Die großen engagementfördernden Stiftungen ebenso wie die Bürgerstiftungen könnten ihre politische Relevanz nicht nur unter Beweis stellen, indem sie Bürgerbeteiligung förderten, sondern auch indem sie für eine starke Bürgergesellschaft Lobbyarbeit machten, zum Beispiel durch ihre Gremien im Bundesverband.

ZUKUNFTSVISIONEN UND KAPITALMANGEL

Und noch eine Zukunftsvision stellte Karin Haist zur Diskussion: Könnten Bürgerstiftungen in den Kommunen nicht zu ausgewiesenen Andockstellen für Engagement werden, die auch andere bürgerschaftliche Initiativen unter einem Dach vereinen und sogar finanziell mittragen? Immerhin seien Bürgerstiftungen, anders als andere lokale Infrastrukturen für Engagement wie die Mehrgenerationenhäuser oder Freiwilligenagenturen, dadurch privilegiert, dass sie den Kapitalaufbau systematisch betrieben. Das regte das Podium zum Widerspruch an.

„Noch haben es nicht viele Bürgerstiftungen geschafft, zu solchen Heimathäfen zu werden; Wettbewerb und knappe Ressourcen erschweren das – und regelmäßige Treffen zur abgestimmten Zukunfts- und Engagementplanung finden in den meisten Kommunen gar nicht statt“, erwiderte etwa Wolfgang Anders. „Wir sollten mit kleineren Schritten beginnen: Erst einmal ins Gespräch kommen, mit allen Bevölkerungsgruppen und insbesondere auch mit der Verwaltung, und das mit Kontinuität.“ Erst der nächste Schritt sei die Suche nach gemeinsamen Projekten – vor den Bürgerstiftungen läge da noch ein weiter Weg.

Winfried Ripp, Geschäftsführer der Bürgerstiftung Dresden, warf aus dem Publikum ein, dass 200 Mio. Euro Stiftungskapital bundesweit gesehen eine lächerlich kleine Summe sind. Um etwas zu bewegen, brauche man mehr Geld. „Wir müssen ganz gezielt den Kapitalaufbau weiterbringen! Dies ist eines der Hauptprobleme von Bürgerstiftungen“. In Zeiten von Finanzkrise und Niedrigzinsniveau sei der Kapitalaufbau die schwierigste Aufgabe.

Auch ein Unternehmer und Stifter aus Bayreuth im Publikum gab zu bedenken, dass auf Jahre hinaus kein hoher Zinsertrag mehr zu erwarten sei – er schlug für einige Bürgerstiftungen vor, auf das Modell einer sogenannten „Verbrauchs-Stiftung“ umzuschwenken. Auch Dr. Christoph Eichert, Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung, bestätigte, dass bei wenigen hundert Bürgerstiftungen und 14.000 Kommunen in Deutschland ihr Einfluss insgesamt begrenzt sei.

Bettina Windau wies darauf hin, dass Kapitalaufbau dann gut funktioniere, wenn Bürgerstiftungen den Menschen helfen, sich mit ihrem Anliegen selbst zu organisieren. Es sei äußerst wichtig, dass etwa das »Forum Engagementförderung« den Blick weite und einen bundesweiten, konkurrenzfreien Wissensaufbau über engagementfördernde Stiftungen, Bürgerstiftungen und ihre Projekte betreibe.

Um die noch mangelnde Kapitalbildung von Bürgerstiftungen zu verbessern, wurde abschließend eine sehr kühne Zukunftsvision für das Jahr 2030 vorgetragen. Ein Projektvorschlag aus den Kleingruppen lautete nämlich: „Jeder, der zu Lebzeiten sein Testament zugunsten einer Bürgerstiftung aufsetzt, kann einen Stern nach sich benennen lassen“, nachdem die Initiative Bürgerstiftungen sich „bei der NASA die Namensrechte von 20.000 noch zu entdeckenden Sternen gesichert“ habe.

Damit sei dann ja auch wieder eine konstruktive Anbindung an die amerikanischen Vorbilder der Bürgerstiftungen, die „Community Foundations“, gefunden, befand Karin Haist. Und ein Griff nach den Sternen sei doch ein ermutigendes Ende für eine Stiftungsdiskussion.

